

**Antrag**  
**auf Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer als Syndikusrechtsanwalt**  
**gemäß § 3 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in**  
**Deutschland (EuRAG)**

Rechtsanwaltskammer Nürnberg  
 Fürther Straße 115  
 90429 Nürnberg

- Anlagen:**
1. lückenloser Lebenslauf mit Lichtbild  
 mit Übersetzung in die deutsche Sprache durch einen vereidigten Übersetzer oder Dolmetscher
  2. amtlich beglaubigte Abschrift der Bescheinigung der im Herkunftsstaat zuständigen Behörde über die Zugehörigkeit zu dem Beruf mit Übersetzung in die deutsche Sprache durch einen vereidigten Übersetzer oder Dolmetscher (nicht älter als drei Monate)
  3. ausgefüllter und unterschriebener Fragebogen (s. Formblatt)
  4. Originalausfertigung oder öffentlich beglaubigte Ablichtung des Anstellungsvertrages (§ 4 Abs. 1 EuRAG i.V.m. § 46a Abs. 3 BRAO)
  5. Beschreibung der tatsächlichen Tätigkeit, von Arbeitgeber und Antragsteller unterschrieben (s. Formblatt)
  6. amtlich beglaubigte Abschrift eines Nachweises über eine frühere Zulassung zur Rechtsanwaltschaft, einer Erlaubnis nach dem RBerG oder die Aufnahme in eine Rechtsanwaltskammer im Bereich der Bundesrechtsanwaltsordnung,
  7. Abschrift eines Nachweises über einen akademischen Grad
  8. Nachweis Zahlung der Verwaltungsgebühr in Höhe von € 500,-

Antragsteller/in (Name, Vorname - Rufname unterstreichen - , ggf. auch Geburtsname)	
Wohnung (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	tagsüber erreichbar unter Tel.-Nr.
Geburtsdatum und -ort, Bundesland oder ausländischer Staat	Staatsangehörigkeit

**Hiermit beantrage ich die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer Nürnberg als Syndikusrechtsanwalt/-anwältin. Ich bin noch kein Mitglied einer Rechtsanwaltskammer in Deutschland.**

Ich übe seit \_\_\_\_\_ unter der Berufsbezeichnung \_\_\_\_\_  
 in \_\_\_\_\_ meine berufliche Tätigkeit aus (siehe Anlage 2).

Meine Tätigkeit als Syndikusrechtsanwalt / Syndikusrechtsanwältin werde ich ausüben beim Arbeitgeber

Kanzlei/Firma/Name des Arbeitgebers, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort	Telefonnummer:
	Telefax:
	E-Mail-Adresse:

Meinen Wohnsitz werde ich nach meiner Zulassung

beibehalten.

nehmen in \_\_\_\_\_

(Straße, Hausnummer, Ort)

\_\_\_\_\_  
(e-mail)

\_\_\_\_\_  
(Internetadresse)

Mit der Beiziehung etwa vorhandener Personalakten und gegebenenfalls sonstigen Personal- und Strafakten, der Anfertigung von Kopien aus diesen Akten und deren Aufbewahrung durch die Rechtsanwaltskammer bin ich einverstanden.

Meine Sozialversicherungsnummer lautet \_\_\_\_\_  
(falls zur Hand; Angabe vereinfacht die Kommunikation mit der Deutschen Rentenversicherung).

Die Verwaltungsgebühr in Höhe von € 500,00 habe ich überwiesen.

\_\_\_\_\_  
Ort und Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

HypoVereinsbank Nürnberg  
IBAN: DE96 7602 0070 2020 1059 79, BIC: HYVEDEMM460

\_\_\_\_\_  
Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten durch die Rechtsanwaltskammer Nürnberg sowie eine Belehrung über Ihre diesbezüglichen Rechte finden Sie unter: [www.rak-nbg.de/datenschutzhinweise](http://www.rak-nbg.de/datenschutzhinweise).  
Sofern Sie nicht über einen Zugang zum Internet verfügen, werden Ihnen die Informationen auf Wunsch auch übersandt.

# Fragebogen

## zum Antrag auf Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer

Zutreffendes bitte ankreuzen. Soweit das Feld  angekreuzt wurde, bitten wir um weitere vollständige Angaben auf einem gesonderten, unterschriebenen Blatt.

	<b>Frage</b>	<b>Erläuterungen</b>	<b>Antworten</b>
1	Haben Sie bereits anderweitig oder früher eine Zulassung zur Anwaltschaft, Erlaubnis nach dem RBerG oder die Aufnahme in eine Rechtsanwaltskammer beantragt?	Ggf. nähere Angaben, wo die Zulassung beantragt wurde.	<input type="checkbox"/> nein <input type="radio"/> ja
2	a) Sind gegen Sie Strafen verhängt worden?  b) Haben Sie nach einer Entscheidung des BVerfG ein Grundrecht verwirkt?	Ggf. erkennende Stelle (Gericht, Staatsanwaltschaft) und Aktenzeichen angeben.	a. <input type="checkbox"/> nein <input type="radio"/> ja  b. <input type="checkbox"/> nein <input type="radio"/> ja
3	Sind gegen Sie beamten- oder richterliche Disziplinarmaßnahmen oder anwaltsgerichtliche Maßnahmen verhängt worden?	Die Rechtsanwaltskammer hat gem. § 41 Abs. 1 Nr. 11 BZRG ein Recht auf unbeschränkte Auskunft aus dem Register, so daß ihr gegenüber keine Rechte aus § 53 Abs. 1 Nr. 1 BZRG hergeleitet werden können (§ 53 Abs. 2 BZRG).	<input type="checkbox"/> nein <input type="radio"/> ja
4	Sind oder waren gegen Sie a) Strafverfahren b) Disziplinarverfahren c) anwaltsgerichtliche Verfahren oder Ermittlungsverfahren zu den o.g. Verfahrensarten anhängig?		<input type="checkbox"/> nein <input type="radio"/> ja
5	Versichern Sie, dass Sie die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht in strafbarer Weise bekämpfen?	§ 4 I EuRAG i.V.m. § 7 Nr. 6 BRAO	<input type="checkbox"/> ja <input type="radio"/> nein
6	Üben Sie oder wollen Sie nach Ihrer Zulassung neben dem Rechtsanwaltsberuf noch eine sonstige Tätigkeit ausüben?	§ 4 I EURAG i.V.m. § 7 Nr. 8 BRAO vgl. gesondertes Merkblatt „Ausübung einer sonstigen beruflichen Tätigkeit“	<input type="checkbox"/> nein <input type="radio"/> ja
6	Leiden Sie an einer Sucht oder bestehen sonstige gesundheitliche Beeinträchtigungen, die Sie nicht nur vorübergehend an der ordnungsgemäßen Ausübung Ihres Anwaltsberufes hindern können?	§ 4 I EURAG i.V.m. § 7 Nr. 7 BRAO	<input type="checkbox"/> nein <input type="radio"/> ja
7	a) Sind Ihre Vermögensverhältnisse geordnet?  b) Ist gegen Sie ein Insolvenzverfahren über Ihr Vermögen eröffnet oder sind Sie in einem der vom Insolvenz- oder Vollstreckungsgericht zu führenden Verzeichnis (§ 26 Abs. 2 InsO, § 915 ZPO) eingetragen?  c) Ist in den letzten 3 Jahren die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über Ihr Vermögen beantragt worden?	Vgl. § 4 I EURAG i.V.m. § 7 Nr. 9 BRAO; ggf. nähere Angaben, insbesondere über gegen Sie gerichtete Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, auf besonderem Blatt	a. <input type="checkbox"/> ja <input type="radio"/> nein  b. <input type="checkbox"/> nein <input type="radio"/> ja
			<input type="checkbox"/> nein <input type="radio"/> ja

Die vorstehenden Fragen habe ich in Kenntnis des § 36 BRAO vollständig und wahrheitsgemäß beantwortet.

Ort und Datum

Unterschrift

# Tätigkeitsbeschreibung

## als Syndikusrechtsanwältin / Syndikusrechtsanwalt

Vor- und Nachname	
<b>I. Angaben zur Tätigkeit</b>	
Beginn <i>(Datum)</i>	
Arbeitgeber <i>(bitte vollen Namen / volle Firma)</i>	
Adresse <i>(zugleich Kanzleisitz):</i>	
Unternehmensgegenstand/Gesellschaftszweck o.ä.	Registernummer
Funktionsbezeichnung	
<b>II. Fachliche Unabhängigkeit</b>	
<p>s. gesonderten Formulierungsvorschlag</p> <p>Bitte gesondert als Ergänzung zum Arbeitsvertrag vorlegen mit Unterzeichnung Antragsteller und Arbeitgeber. Die eventuell widersprechenden Regelungen im Arbeitsvertrag sollten ausdrücklich aufgehoben werden.</p>	
<b>III. Merkmale der anwaltlichen Tätigkeit</b>	
Tätigkeitsbeschreibung:	
Die Tätigkeit beinhaltet <i>(Die Tätigkeitsmerkmale müssen kumulativ vorliegen):</i>	
Die Prüfung von Rechtsfragen, einschließlich der Aufklärung des Sachverhalts sowie das Erarbeiten und Bewerten von Lösungsmöglichkeiten § 46 Abs. 3 Nr. 1 BRAO	<i>(Beschreibung) Erklärung auf gesondertem Blatt möglich</i>
Die Erteilung von Rechtsrat § 46 Abs. 3 Nr. 2 BRAO	<i>(Beschreibung) Erklärung auf gesondertem Blatt möglich</i>
Die Ausrichtung der Tätigkeit auf die Gestaltung von Rechtsverhältnissen, insbesondere durch das selbständige Führen von Verhandlungen, oder auf die Verwirklichung von Rechten § 46 Abs. 3 Nr. 3 BRAO	<i>(Beschreibung) Erklärung auf gesondertem Blatt möglich</i>
Die Befugnis zu verantwortlichem Auftreten nach außen § 46 Abs. 3 Nr. 4 BRAO	<i>s. gesonderten Formulierungsvorschlag</i>

#### IV. Erklärung zur Prägung der anwaltlichen Tätigkeit

Werden nichtanwaltliche Tätigkeiten in diesem Arbeitsverhältnis ausgeführt?

ja  nein

(Beschreibung der nichtanwaltlichen Tätigkeiten)

.....  
.....  
.....

Wenn ja, in welchem prozentualen Umfang werden die nichtanwaltlichen Tätigkeiten ausgeführt?

%
---

#### V. Erklärung des Unternehmens / Verbandes (satzungsmäßiger Vertreter)

Dem/Der Arbeitnehmer/in wird bestätigt, dass er/sie in unserem Unternehmen als Syndikusrechtsanwältin bzw. Syndikusrechtsanwalt tätig ist. Die unter II. und III. gemachten Angaben sind zutreffend und Bestandteil des Arbeitsvertrages. Eventuell anderslautende Bestimmungen zur Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers werden hiermit bezogen auf die anwaltliche Tätigkeit aufgehoben.

Uns ist bekannt, dass der/die Arbeitnehmer/in die Zulassung als Syndikusrechtsanwältin /Syndikusrechtsanwalt beantragt. Uns ist weiter bekannt, dass von der Entscheidung über die Zulassung als Syndikusrechtsanwältin/Syndikusrechtsanwalt die Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung abhängt. Wir verzichten hiermit vorsorglich auf eine Hinzuziehung als Beteiligter in dem Zulassungsverfahren gemäß § 13 Abs. 2 Satz 2 VwVfG.

.....  
(Ort)                      (Datum)

.....  
(Unterschrift Unternehmen / Verband)

.....  
(Ort)                      (Datum)

.....  
(Unterschrift Antragsteller/in)